

Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers und Vitus Sproten (Hrsg.)

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 6

Föderalisierung, Strukturwandel,
Erwartungshorizonte (1973-heute)

mit Beiträgen von

Philippe Beck, Christian Behrendt, Marnix Beyen, Magali Boemer,
Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers, Jens Giesdorf,
Armin Heinen, Els Herrebout, Andy Jousten, Catherine Lanneau,
Victoria Mouton, Leonie Neuens, Norbert Nicoll, Christoph Niessen,
Anna Quadflieg, Peter M. Quadflieg, Hans Reul, Hubert Roland,
Vitus Sproten, Werner Tschacher, Nicholas Williams, Julia Zeimers

und Karten von
Klaus-Dieter Klauser

GEV (Grenz-Echo Verlag), Eupen, 2023
www.gev.be
buchverlag@ge-media.be

ISBN 978-3-86712-184-2
D/2023/3071/6

Alle Rechte vorbehalten

Nichts aus dieser Ausgabe darf vervielfältigt, in einen Datenbestand übernommen und/oder veröffentlicht werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopien, Aufnahmen oder auf gleich welche andere Art und Weise ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags, der Fotografin oder der Illustratorin.

Ostbelgien  Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Das Publikationskonzept wird durch den wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Ostbelgische Geschichte V.o. G. begleitet.

Ihm gehören an: Prof. Dr. Marnix Beyen (U. Antwerpen), Ass.-Prof. Dr. Christoph Brüll (C²DH, U. Luxemburg), Els Herrebout (Staatsarchiv in Eupen), Prof. Dr. Catherine Lanneau (U. Lüttich), Prof. Dr. Hubert Roland (FRS-FNRS, U. Louvain-la-Neuve), Prof. Dr. Sabine Schmitz (U. Paderborn), Prof. Dr. Denis Scuto (C²DH, U. Luxemburg), Stefan Wunsch (Vogelsang IP)

Printed in EU

Inhaltsverzeichnis

VOM OPFERNARRATIV ZUR ERFOLGSGESCHICHTE?	8
Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der deutschsprachigen Belgier in Zeiten von Strukturwandel und Föderalisierungsprozessen	
Von Andreas Fickers und Christoph Brüll	
 POLITISCHE MITWIRKUNG UND RECHTLICHE STELLUNG	 22
Ostbelgien (die Deutschsprachige Gemeinschaft) im föderalen Belgien	
Von Andy Jousten und Christian Behrendt	
 DIE „BESTGESCHÜTZTE MINDERHEIT DER WELT“?	 36
Die Deutschsprachige Gemeinschaft – eine nationale Minderheit und ein föderaler Teilstaat im Vergleich	
Von Christoph Niessen	
 NOTWENDIGE ÖFFNUNG ODER EINE NUMMER ZU GROSS?	 50
Die institutionellen Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit den 1970er Jahren	
Von Christoph Brüll und Anna Quadflieg	
 EINE JUNGE DEMOKRATIE AUF DER SUCHE NACH STABILITÄT	 68
Die Entwicklung der ostbelgischen Parteiendemokratie im Kontext der Gemeinschaftswahlen (1974-2019)	
Von Vitus Sproten und Leonie Neuens	
 VON DER VERWALTUNGSZELLE ZUM MINISTERIUM DER DG	 88
Grundzüge einer frühen Verwaltungsgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens	
Von Peter M. Quadflieg	
 KRISENJAHRZEHNTE UND IHRE BEWÄLTIGUNG IM UMBRUCH ZUM 21. JAHRHUNDERT	 106
Die ostbelgische Wirtschaft im Spiegel nationaler Krisenwirtschaft	
Von Tobias Dewes	
 LEHRJAHRE POSTINDUSTRIELLER MODERNE	 134
Duale Berufsausbildung in Ostbelgien und die Chancen und Grenzen kleingliedstaatlicher Politik (1970 bis heute)	
Von Armin Heinen	

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN	158
Von den „Grenzen des Wachstums“ zu einer nachhaltigen Gesellschaft?	
Von Andreas Fickers und Norbert Nicoll	
 „DIE SCHLECHTEN STRASSEN UNTER SEINEN FÜSSEN.“	 176
Die Entwicklung der Mobilität der deutschsprachigen Belgier zwischen 1973 und 2023	
Von Vitus Sproten	
 MEHRSPRACHIGKEIT? JA! ABER WIE?	 192
Meinungen zur Unterrichtssprachenpolitik der DG (1963-2004)	
Von Magali Boemer und Julia Zeimers	
 „ICH WÜRD NIE FÜR EINEN MANN SANKT VITH VERLASSEN.“	 210
Frauen in der DG und ihre Rolle(n) im Wandel der Zeit (1973 bis heute)	
Von Els Herrebout und Leonie Neuens	
 „... DASS ÜBERGROSSER WOHLSTAND DER RELIGIÖSEN ENTWICKLUNG NICHT FÖRDERLICH IST.“	 238
Ostbelgiens Kirchen seit 1973	
Von Nicholas Williams	
 KULTURARBEIT UND AUTONOMIEENTWICKLUNG	 256
Zur Geschichte der Vereinslandschaft im deutschsprachigen Belgien	
Von Jens Giesdorf und Hans Reul	
 OSTBELGISCHE KATHARSIS?	 272
Die Hermann-Niermann-Affäre als Medienevent	
Von Andreas Fickers	
 VON DEN SCHATTEN DER VERGANGENHEIT ZU EINER OSTBELGITUDE	 290
Auseinandersetzungen mit Geschichte und Identität in der Literatur Ostbelgiens	
Von Philippe Beck und Hubert Roland	
 BlicKE VON AUSSen	 306
Vorstellungen von den deutschsprachigen Belgiern in Flandern, dem französischsprachigen Belgien, Deutschland und Luxemburg	
Von Marnix Beyen, Catherine Lanneau, Victoria Mouton und Werner Tschacher	

VERGANGENHEITSANGST IM PLENARSAAL 324

Politik und Geschichte im deutschsprachigen Belgien seit 1973:

ein politik- und emotionsgeschichtlicher Zugang

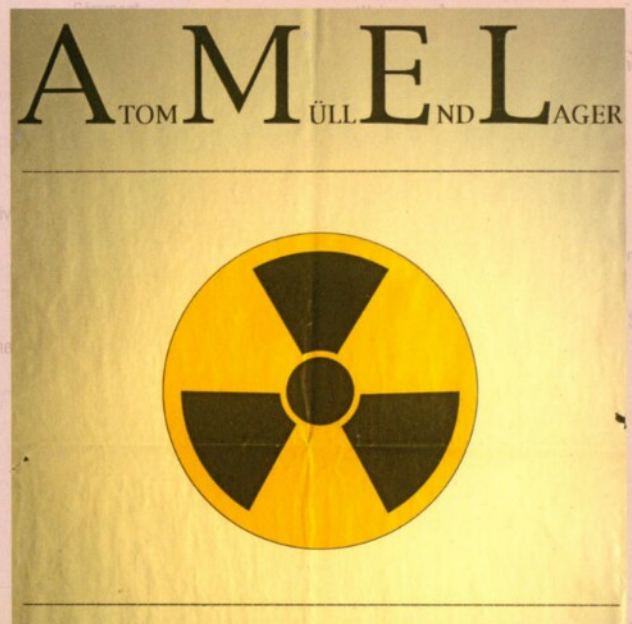
Von Christoph Brüll

DIE AUTOREN 346

NACHWEIS DER BILDQUELLEN ODER BILDRECHTE 349

ERFAHRUNGSRÄUME UND ERWARTUNGSHORIZONTE DER DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIER IN ZEITEN VON STRUKTURWANDEL UND FÖDERALISIERUNGSPROZESSEN VOM OPFERNARRATIV ZUR ERFOLGSGESCHICHTE?

VON ANDREAS FICKERS UND CHRISTOPH BRÜLL





Die Geschichte Ostbelgiens in den letzten 50 Jahren ist nur vor dem Hintergrund vielfältiger Entwicklungen zu verstehen: die Föderalisierung Belgiens und der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft stehen in diesem Buch im Vordergrund. Die Einleitung fragt anhand von Konzepten wie Erfahrungsraum, Erwartungshorizont und Angstregimen danach, wie diese Geschichte geschrieben und interpretiert werden kann. Dabei zeigt sich: Auch in Ostbelgien entwickelt sich Zeitgeschichtsschreibung von einer Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs zu einer Vorgeschichte der Gegenwart.

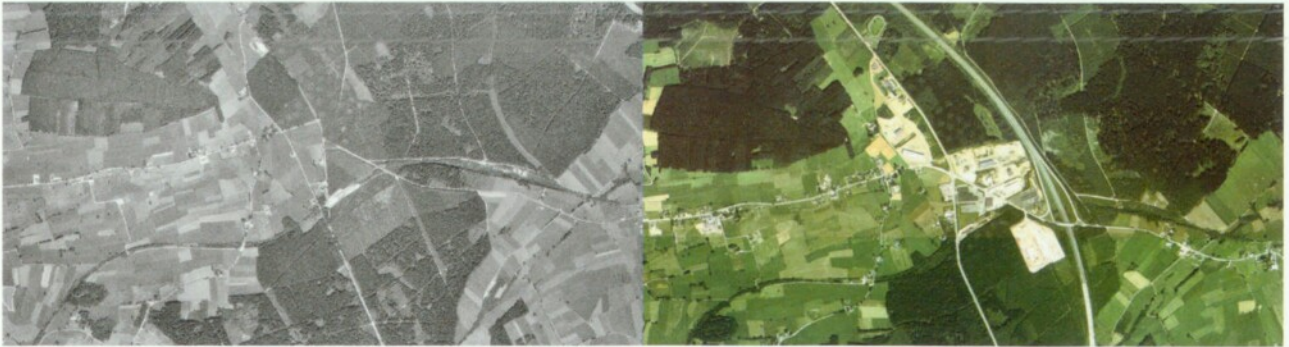
Wie alle Bände der Reihe „Grenzerfahrungen“, die sich der Neueren und Neuesten Geschichte widmen, setzt auch dieses Buch mit einem „harten“ Datum ein: 1973. Die Definition des Beginns des Untersuchungszeitraums folgt dabei einer doppelten Zäsur. Am 23. Oktober 1973 wurde mit dem Rat der deutschen Kulturgemeinschaft die erste parlamentarische Versammlung der deutschsprachigen Belgier eingesetzt: Die Umsetzung der 1970 beschlossenen ersten belgischen Staatsreform kam somit auch im Gebiet deutscher Sprache an. Die Tageszeitung Grenz-Echo titelte: „Ein neuer Anfang für Ostbelgien“.¹ Im Nahen Osten tobte zur gleichen Zeit der Jom-Kippur-Krieg, auf den die Organisation der Arabischen Erdöl exportierenden Staaten am 17. Oktober 1973 mit einer Drosselung der Förderung reagierten, die zu einer drastischen Erhöhung der Rohölpreise führte. Dieser erste Ölpreisschock, auf den 1979 ein zweiter folgte, gilt als symbolisches Ende einer seit dem Ende der 1940er Jahre andauernden Phase nie gekannten Wirtschaftswachstums in Europa. Der Schock stand symbolisch am Anfang einer Transformation der Wirtschaft, die die Bedeutung der Montanindustrie als Träger des Wachstums zunehmend marginalisierte und die Struktur der westeuropäischen Wirtschaft nachhaltig modifizierte.

Zeitgeschichte „nach dem Boom“

In einem viel beachteten Buch aus dem Jahre 2008 haben die Historiker Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael die These aufgestellt, dass die wirtschaftlichen Transformationen der 1970er Jahre eine Zeit „nach dem Boom“ eingeläutet haben, die sich deutlich von den Nachkriegs- und Wirtschaftswunderjahrzehnten unterscheidet.² Ihre These ist, dass der Strukturwandel einen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess darstellt, der nicht nur ökonomischer Natur ist, sondern alle Lebensbereiche berührt. Die Wirtschaft westeuropäischer Industriegesellschaften wuchs zwar auch in den 1970er und 1980er Jahren weiter – trotz häufiger auftretender Rezessionsphasen –, erstmals wurde dieses Wachstum jedoch von steigender Arbeitslosigkeit begleitet. Vor allem bei Jugendlichen stiegen die Arbeitslosenquoten deutlich.³ In einer großen Studie hat Lutz Raphael die Folgen der sozioökonomischen Transformation für Politik und Gesellschaft in Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien untersucht.⁴ Dem Vergleich mit anderen Ländern und regionalen Tiefenbohrungen hat er dabei die Funktion der Falsifizierbarkeit seiner Ergebnisse zugewiesen.⁵ Eine solche regionale Aus-



Nach der offiziellen Einsetzung des RdK fand eine akademische Sitzung statt. Auf dem Bild erkennt man (v.r.n.l.) die Präsidenten der Kulturräte der Französischen und Niederländischen Kulturgemeinschaften, den frisch gewählten RdK-Präsidenten Johann Weynand, den Eupener Bürgermeister Reiner Pankert und den belg. Bezirkskommissar Henri Hoen.



Das Gebiet zwischen Göhl und Our erlebte erhebliche naturräumliche Veränderungen, wie diese Gegenüberstellung zweier Luftaufnahmen des seit den 1980er Jahren neu angelegten Industriegebietes Kaiserbaracke und der Autobahn bei Recht verdeutlicht. Die Eingriffe des Menschen in seine Umwelt rückten dabei in den letzten Jahrzehnten stärker in das Bewusstsein breiterer Schichten.

differenzierung der historischen Erzählung ist eines der Ziele dieses Bandes.

Der Blick auf Ostbelgien eröffnet in der Tat spannende Einsichten. Die Stadt Eupen fügt sich in das von der „Nach dem Boom“-Forschung gezeichnete Bild ein.⁶ Während zu Beginn der 1970er Jahre noch Vollbeschäftigung herrschte, kam es in der Folge zu massiven Arbeitsplatzverlusten im produzierenden Gewerbe, die 1984 ihren Höhepunkt erreichten, als die Arbeitslosenquote in der Stadt bei weit über 20 Prozent lag. Betroffen waren vor allem Frauen, die 60 Prozent der Arbeitslosen ausmachten, Niedrigqualifizierte (50 Prozent) und Jugendliche. Die 1981 erfolgte Schließung des Nadelwerks Beka, die den Abschluss des stetigen Niedergangs der Textilindustrie in der Stadt bildete, darf als paradigmatisch für die sozioökonomische Entwicklung jener Jahre gelten. Wie in anderen Regionen Westeuropas linderten seit Anfang der 1980er Jahre getroffene Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Strukturförderung und der Steigerung der grenzüberschreitenden Attraktivität des Einzelhandels und der Transportbranche ab Mitte des Jahrzehnts die Folgen der Arbeitsverluste, bevor eine Erholung des Arbeitsmarktes einsetzte. Eine soziale Abfederung bildeten nicht zuletzt die breit in Anspruch genommenen Vorruhestandsregelungen, die sowohl von Betrieben als auch von öffentlichen Einrichtungen angeboten (und subventioniert) wurden.⁷

In den ländlichen Regionen der Eifel bot sich jedoch ein anderes Bild. Die Transformation der Wirtschaft hatte dort in den 1950er Jahren mit der zunehmenden Technisierung

der Landwirtschaft begonnen.⁸ In den 1980er Jahren setzte sich das begonnene Höfesterben unaufhaltsam fort und aus kleinbäuerlichen Betrieben wurden allmählich größere Höfe. Für viele jüngere Eifeler bot die Arbeit in der Landwirtschaft keine Zukunft mehr; sie suchten ihr (berufliches) Glück in anderen Branchen.⁹ Zum anderen kam die Industrie oftmals zum ersten Mal auf das Land in Form von Industriezonen, die als Folge von Strukturförderungsmaßnahmen entstanden. Die Nachfrage vonseiten größer werdender Handwerksbetriebe und Bauunternehmen musste bedient werden und bereits etablierte Unternehmen suchten nach billigem Land entfernt von städtischen Zentren. Darüber hinaus steigerte sich die Individualmobilität erheblich. Dies ermöglichte eine bis heute anhaltende Steigerung der Zahl von Pendlern, die ihren Arbeitsplatz in den Nachbarregionen fanden – im Norden vor allem in Nordrhein-Westfalen, im Süden besonders in Luxemburg –, aber ihren Wohnsitz und damit auch Kaufkraft in der Region behielten. Kumuliert mit der Attraktivität von Gemeinden wie Raeren als Wohnsitz für in der Aachener Region tätige deutsche Staatsbürger führte dies dazu, dass das ländlich geprägte Ostbelgien im Gegensatz zu vielen anderen Regionen mit ähnlicher Struktur keine Einwohner verlor und ein schwaches Bevölkerungswachstum aufweist. Letzteres gründet zudem auf Einwanderung aus Krisenregionen – vor allem seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien.¹⁰

Am ostbelgischen Beispiel werden somit auch einige Probleme der „Nach dem Boom“-Forschung deutlich. Es stellt sich die Frage des Endes der Transformationsphase in der Region, das Raphael für Westdeutschland, Frankreich und

Großbritannien im Zeitraum um 2000 verortet.¹¹ Die Wohlstandszugewinne, die es in Ostbelgien gerade in der Zeit „nach dem Boom“ gegeben hat und die sich vor allem seit 2010 in den makroökonomischen Zahlen niederschlagen, müssen demnach in einem anderen Interpretationsrahmen situiert werden: der zunehmenden Stärkung der Region als Ort politischen Handelns in Europa. Vieles deutet hier auf die Bedeutung des Europäisierungsprozesses für den ostbelgischen Zwischenraum hin.¹² Hinzu kommt die Frage nach der Verbindung zwischen der Transformation des belgischen Staates und der Transformation von Ökonomie und Gesellschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. Union seit den 1970er Jahren, der sich die belgische Historiografie bisher noch nicht explizit angenommen hat.

Insgesamt hat sich die zeithistorische Forschung in den letzten Jahrzehnten von einer Nachgeschichte der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs zusehends zu einer als „Problemgeschichte der Gegenwart“ verstandenen Orientierungswissenschaft gewandelt.¹³ Dieser Perspektivwandel spiegelt sich auch in vielen Beiträgen des vorliegenden Bandes, die sich nicht nur mit der politischen Geschichte

Ostbelgiens beschäftigen, sondern breitere gesellschaftspolitische Entwicklungen und Prozesse anhand spezifischer Fragestellungen beispielhaft analysieren und interpretieren.

Zwischen Erinnerungsarbeit und kritischer Geschichtswissenschaft

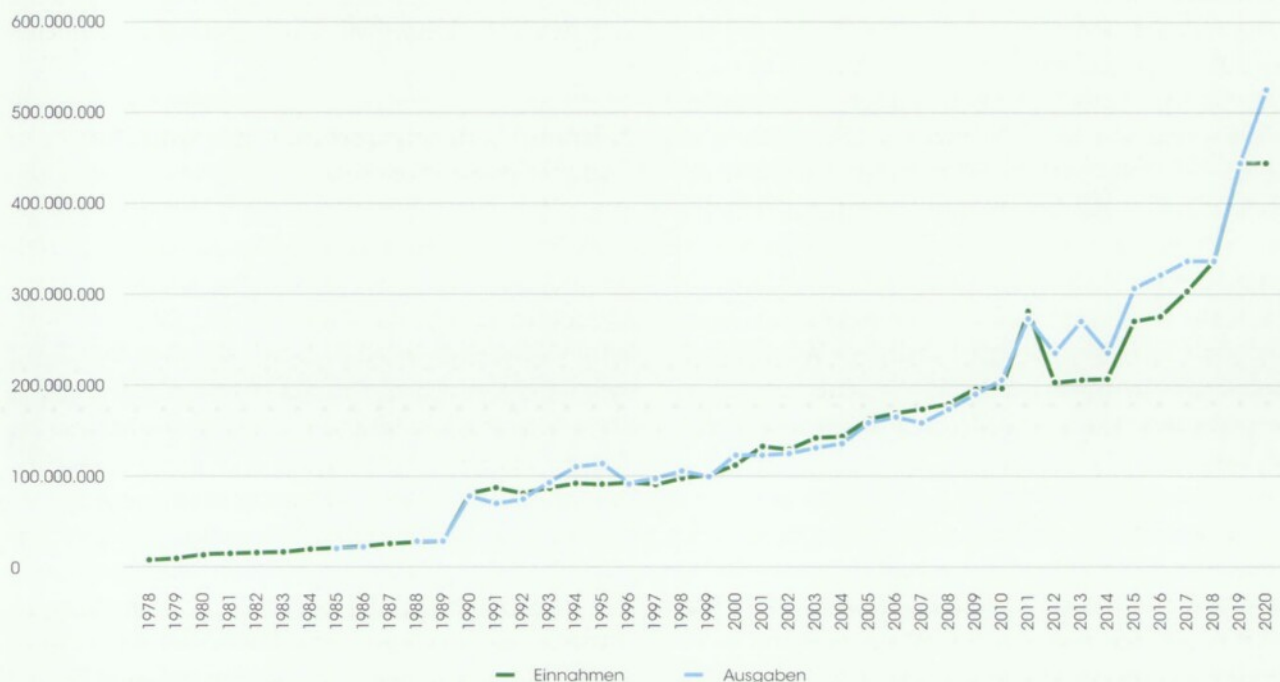
Mit dem vorliegenden sechsten Band der Grenzerfahrungen rückt die historische Betrachtung des ostbelgischen Zwischenraums von der Gründung des Rates der Deutschen Kulturgemeinschaft im Jahre 1973 bis an die Gegenwart. Obwohl es sich um einen Zeitraum von einem halben Jahrhundert handelt, bildet die Gegenwartsnähe mancher Themen und Entwicklungen eine besondere Herausforderung für Zeithistoriker – besonders dann, wenn Zeitgeschichte als „Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen“ gedacht wird.¹⁴ Die zeitliche Überlagerung von biografischen Erfahrungsräumen der um kritische Distanzierung bemühten Zeithistoriker mit der zu erforschenden Vergangenheit sorgt für methodologische und erkenntnistheoretische Spannungen, die es kritisch zu reflektieren gilt. Diese von Soziologen als „doppelte Reflexi-

Einwohnerzahl DG



Die Einwohnerzahl der Deutschsprachigen Gemeinschaft stieg in den letzten fünfzig Jahren um knapp 20%. Obwohl es sich um eine ländliche Region handelt, blieben dem Gebiet größere Abwanderungswellen erspart. Zurückzuführen ist dieses Bevölkerungswachstum nicht nur auf ein natürliches Wachstum der Bevölkerung, sondern auch auf den Zuzug von neuen Bewohnern.

Haushalt DG



Die Einnahmen und Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben sich zwischen 1978 und 2022 vervielfacht. Am Haushalt lässt sich die Entwicklung des belgischen Föderalstaates im Zuge der Staatsreformen ablesen. Bei den Ausgaben sind neben endogenen Faktoren wie der Investitionspolitik auch klar die Folgen internationaler Krisen erkennbar.

vität“ beschriebene Geisteshaltung¹⁵, also einer kritisch-distanzierten Haltung gegenüber dem zu analysierenden Gegenstand (der „Vergangenheit“) wie gegenüber sich selbst (dem standortgebundenen und interessegeleiteten „Subjekt“) macht Zeitgeschichtsschreibung zu einem anspruchsvollen Balanceakt, in dem erzählerische Rekonstruktion des Vergangenen und theoriegeleitete Befragung und Interpretation historischer Fakten sich gegenseitig bedingen.¹⁶

Eine zusätzliche Herausforderung für die Zeitgeschichtsschreibung ergibt sich durch die Gleichzeitigkeit von Zeitgeschichtsschreibung und historischer Erinnerungsarbeit. Beruht die historische Methode auf Kontextualisierung vergangener Sinnzusammenhänge und Handlungen um sie deutend zu verstehen, zeichnet sich unser kommunikatives Gedächtnis durch gegenwartsbezogene Aktualisierungen vergangener Ereignisse aus. Dies mit dem gesellschaftspolitischen Ziel, aktuelle Bedeutungen der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft kommunikativ auszuhandeln. Dieses Spannungsverhältnis zwischen „Geschichte“ und

„Erinnerung“, Geschichtswissenschaft und Gedächtniskultur sorgt immer wieder für lebhaft Debatten in der Fachwissenschaft¹⁷ wie auch der Öffentlichkeit, vor allem seit dem Aufstieg des „Zeitzeugen“ zur zentralen Autorität medialer Geschichtsvermittlung seit den 1980er Jahren.¹⁸ Der enorme Boom der Erinnerungskultur, der auch die zeithistorische Forschungslandschaft stark geprägt hat, hat laut dem französischen Historiker François Hartog gar zu einem neuen „Zeitregime“ geführt, in dem die Erinnerungsarbeit zum dominanten Modell der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geworden ist. Dieses von Hartog als „Präsentismus“ bezeichnete Zeitregime kennzeichnet sich durch eine „gefräßige Gleichzeitigkeit“ von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus, ein „présent monstre“, das „alles in seinen Schlund zieht (...) und nicht die Differenz der Zeiten, sondern auch das historische Bewusstsein zerstört“.¹⁹

Auch die ostbelgische Zeitgeschichtsschreibung bewegt sich in diesem Spannungsfeld von wissenschaftlicher Geschichtsschreibung und medial geprägter Erinnerungskultur.



1985 beschloss das nationale Parlament die Schaffung eines eigenen Gerichtsbezirks für die deutschsprachigen Belgier. Seit 1988 tagen in Eupen ein erstinstanzliches Gericht, ein Jugendgericht, ein Unternehmensgericht und ein Arbeitsgericht. Bereits seit dem Staatenwechsel von 1920 gibt es in Eupen und Sankt Vith Friedensgerichte.

Ohne die Dominanz erinnerungskultureller Debatten im Zuge des „memory booms“ grundsätzlich in Frage stellen zu wollen, scheint uns Hartogs These von der „gefräßigten Gegenwart“ jedoch überspitzt, oder zumindest nur in Teilen übertragbar auf die Situation in Ostbelgien. Mehrere Kapitel im vorliegenden Band widmen sich explizit dem Thema der parlamentarischen wie medialen Auseinandersetzung mit der „schwierigen Vergangenheit“ der deutschsprachigen Belgier, einer Debatte, die nur zögerlich und schubweise öffentlich ausgetragen wurde. Die ostbelgische „Vergangenheitsbewältigung“ – um auf einen populären Terminus der 1980er Jahre zu rekurrieren – hat es bis heute nicht gegeben. Die wenigen expliziten Versuche einer kritischen Aufarbeitung und Diskussion der „schwierigen ostbelgischen Vergangenheit“ lassen sich eher als Ausdruck emotionaler Überwältigung denn Entstehung eines aufgeklärten Geschichtsbewusstseins deuten.²⁰

Emotionsgeschichte und Angstregime

Im letzten Band der „Grenzerfahrungen“ wollen wir einen frischen Blick auf die ostbelgische Zeitgeschichte wagen, der von dem an der University of California in San Diego lehrenden deutschen Historiker Frank Biess inspiriert ist. In seinem 2019 vorgelegten Buch „Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik“ deutet Biess die Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands als eine

emotionale Entwicklungsgeschichte, die sich deutlich von den wirtschafts- und politikhistorischen Meistererzählungen der BRD-Erfolgsgeschichte abgrenzt. Biess vertritt die provokante These, dass sich der mentalitätshistorische Wandel, der sich in der Bundesrepublik in den letzten 75 Jahren vollzogen habe, als Geschichte sich wandelnder Angstregime begreifen lässt. War die unmittelbare Nachkriegszeit von Vergeltungsangst geprägt, verschoben sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte die Objekte der Angst von der äußeren Bedrohung zur inneren Bedrohung, also von den Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges zur lebensweltlich konkreten Angst vor Arbeitslosigkeit oder dem Gefühl der Überforderung. Wichtig für den vorliegenden Band ist Biess' Feststellung, dass Emotionen immer als zeitliches Phänomen zu deuten sind, in denen vergangene Erfahrungsräume, Gegenwartsdiagnosen und Zukunftshorizonte miteinander verwoben sind:

„Angst ist per Definition eine zukunftsorientierte Emotion. (...) Angst ist immer auf eine als unsicher und bedrohlich empfundene Zukunft ausgerichtet. Im Nachkriegsdeutschland war Angst eng mit der Erinnerung an eine katastrophale Vergangenheit verbunden. (...) Welche Vergangenheiten in welchen Momenten mobilisiert wurden, um bestimmte Zukunftsszenarien zu imaginieren, variierte während der Nachkriegszeit.“²¹

Überträgt man die Idee der Angstregime auf das Ostbelgien der Nachkriegszeit, so lassen sich zahlreiche Themen oder „Objekte der Angst“ identifizieren, anhand derer man eine Emotionsgeschichte des deutschsprachigen Belgiens plausibel erzählen kann. Neben der bereits erwähnten „Vergeltungsangst“, die ohne Zweifel die Zeit der Säuberung in Ostbelgien prägte, gibt es auch spezifisch „ostbelgische Ängste“, die die Verunsicherung über die Rolle und Bedeutung der Deutschsprachigen im belgischen Staat reflektieren. So lassen sich die zahllosen Debatten um Sprachfragen im Unterrichtswesen als Angstdiskurs interpretieren, in dem die Probleme sprachlicher Minderwertigkeit bzw. forcierter Assimilierung in den französischen Sprachraum zum Ausdruck kamen. Die Verteidigung der deutschen Muttersprache im Schulwesen sowie die Fremdsprachenfrage im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft eröffnen interessante Einsichten über die Identität der Ostbelgier. In der Auseinandersetzung mit den Debatten um Zweit- bzw. Fremdspracherwerb gelangen ihre Vorstellungen von kultureller Eigenheit, von ihrem Wirtschaftsstandort und von Bildung in den Blick. Dies gibt gleichfalls Aufschluss darüber, wie in Ostbelgien über soziale Mobilität, Bildungsgerechtigkeit und kulturelle Ausdrucksfähigkeit gesprochen wird und wurde.

Typische Minderheitenängste – seien sie kultureller oder politischer Natur – durchziehen die ostbelgische Geschichte wie ein roter Faden. Trotz der Selbstvergewisserungsrhetorik eines Karl-Heinz Lambertz, dessen BGL-Parole („wir sind bereit, gewillt und in der Lage“) mittlerweile zum Bonmot ostbelgischer Politikprosa im Kontext der wiederkehrenden Dekretbefugnis-Debatten avanciert ist²², lassen sich im öffentlichen Diskurs immer wieder Spuren einer Überforderungsangst in Ostbelgien ausmachen, die nicht zuletzt von der Furcht vor dem möglichen Zerfall des belgischen Staates angeheizt wurden. Zu den typisch ostbelgischen Minderheitenängsten gesellte sich seit der Auflösung des Einheitsstaates im Zuge der Föderalisierung also eine als „belgische Angst“ zu bezeichnende Emotion, die auch in unserer Region grundlegende Zweifel und Sorgen über die Zukunftsfähigkeit des kleinsten Gliedstaates im Bundesstaat Belgien auslösten. Dass Separatismusbestrebungen in Flandern kein bloßes Gespenst, sondern eine reale politische Bedrohung des belgischen Staatsgefüges darstellten, wurde spätestens mit den spektakulären Wahlerfolgen des Vlaams Blok Anfang der 1990er Jahre deutlich.²³ „Es ist unsere ‚verdammte‘ Pflicht

über diesen Fall eines Auseinanderbrechens Belgiens nachzudenken“, so der damalige Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz in seiner Eröffnungsrede der Tagung „ZOOM 1920-2010. Nachbarschaften – neun Jahrzehnte nach Versailles“.²⁴

Herrschte in den 1990er und 2000er Jahren halb Fatalismus, halb Resignation darüber, ob der belgische Staat ein „failed state“ sei²⁵, dessen Funktionsfähigkeit durch permanente Krisen auf zahlreiche Zerreißproben gestellt wurde, mehrten sich seit den 2010er Jahren die Stimmen derer, welche die Krise des belgischen Einheitsstaates und die schrittweise Föderalisierung als Chance für Ostbelgien sahen und den Status einer vierten Region oder eines vollsouveränen vierten Gliedstaates als erstrebenswertes Ziel definierten.²⁶ Das 2008 in Angriff genommene erste „Regionale Entwicklungskonzept“ (REK), welches unter dem Titel „DG – Ostbelgien leben 2025“ veröffentlicht wurde,²⁷ diente in den Augen seiner Schöpfer auch als Beitrag dazu, „die Deutschsprachige Gemeinschaft definitiv als Träger positiver Zukunftserwartungen und zusätzlicher Lebenschancen in den Köpfen und Herzen der Menschen unserer Heimat“²⁸ zu positionieren. Obwohl der Beitrag der Deutschsprachigen Belgier am bundesstaatlichen Umbau des Landes „nicht einmal homöopathisch“²⁹ war, wurden nationale wie europäische Regionalisierungsprozesse als Chance für die Herausbildung einer selbstbewussteren ostbelgischen Identität gedeutet. Unter dem Motto „niemand ist zu klein, um Großes zu leisten“, wurde das Regionale Entwicklungskonzept als strategisches Leitbild für Ostbelgiens Zukunft entwickelt und systematisch die „Brückenfunktion“ der kleinen, aber feinen DG („small is beautiful“) vermarktet. Im Zuge dieses mittlerweile auf vier Bände angewachsenen REKs wurde auch die Grenzlage Ostbelgiens neu konnotiert:

„Das Verständnis einer neuen Grenzkultur und der Versuch, die Grenzen – Staatsgrenzen, Verwaltungsgrenzen, Sprachgrenzen, Kulturgrenzen – nicht als etwas Trennendes, sondern als eine Brücke zu sehen, räumt den Grenzen und dem Grenzraum einen neuen Stellenwert ein. Grenzkultur in diesem Sinne stellt daher diese Brücken bildende eigenständige Kultur der deutschsprachigen Belgier dar.“³⁰

Ob die selbstbewusste Rhetorik dieses „region branding“ der lebensweltlichen Realität aller Ostbelgier entspricht, ist



In der fiktiven live Sendung „Bye-Bye Belgium“ des frankophonen öffentlich-rechtlichen Senders RTBF kulminierten im Dezember 2006 zahlreiche belgische und ostbelgische Angstmomente in Bezug auf die Zukunft des Staates Belgien. In der „Sondersendung“ spielte der Fernsehsender die Auflösung Belgiens durch. Auch der damalige Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Karl-Heinz Lambertz nahm an der Sendung teil und präsentierte „Zukunftsoptionen“ für die Region.

noch nicht wissenschaftlich untersucht worden. Wohl aber hat die Demoskopie systematischen Einzug in die Ministerialverwaltung gehalten, wie die regelmäßigen Befragungen der Bewohner der deutschsprachigen Gemeinschaft zu ihren Lebensumständen und zur Zufriedenheit mit der Politik demonstrieren.³¹

Vom Opfernarrativ zur Erfolgsgeschichte?

Zwar liegt bislang keine empirische Untersuchung der semantischen Umdeutung von „Grenze“, „Grenzraum“ oder „Grenzgebiet“ im deutschen Sprachraum Belgiens vor, doch dürfte eine systematische diskursgeschichtliche Aufarbeitung wohl zeigen, wie negativ und angstbehaftete Konnotationen des Grenzbegriffs langsam positiven und selbstbewussten Assoziationen gewichen sind. Waren erstere meist rückwärtsgewandt, das heißt mit der „schwierigen Geschichte“ in Verbindung gebracht, dominieren heute zukunftsorientierte Bezüge, die auf eine offene und gestaltbare Zukunft verweisen. Diese semantische Verschiebung geht einher mit einer Umdeutung der Geschichte selbst. Dominierten bis zur Jahrtausendwende Opfernarrative den ostbelgischen Erinnerungsdiskurs, wird die seit den 1970er Jahren erlangte Autonomie innerhalb des dezentralisierten Belgiens in der politischen Öffentlichkeit einhellig als Erfolgsgeschichte erzählt.

Dies lässt sich beispielhaft an den Feierlichkeiten zum hundertjährigen Geburtstag der Eingliederung Eupen-Malmedy-Sankt Viths in den belgischen Staat veranschaulichen, etwa an der Festveranstaltung im belgischen Senat in Brüssel am 9. Januar 2020. Alle Redner – von DG-Ministerpräsident Oliver Paasch, Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz, Premierministerin Sophie Wilmès zu NRW-Ministerpräsident Armin Laschet – bedienten das Master-narrativ vom „Glücksfall der Geschichte“, auch wenn – so Lambertz und Paasch in nuancierter Abwägung – diese letztlich glückliche Entwicklung weder selbstverständlich noch ein Selbstläufer gewesen sei.³² Bemerkenswert ist die Konvergenz der Selbstdeutung und des „Blicks von außen“ in der Interpretation der Vergangenheit. Betonte Ministerpräsident Oliver Paasch in seiner Rede die ungekannten Möglichkeiten zu demokratischer Mitbestimmung und die damit einhergehenden Gestaltungsmöglichkeiten des ostbelgischen Gliedstaates im Vergleich zu den Vorgängergenerationen, mahnte Senatspräsident Lambertz gar zur Dankbarkeit gegenüber dem belgischen Vaterland:

„Die Einwohner des deutschen Sprachgebietes haben allen Grund, ihrem Vaterland dankbar zu sein. Dankbar dafür, dass ihre Muttersprache in Belgien als Landes- und Amtssprache anerkannt ist und dass sich Belgien auch als deutschsprachiger Staat versteht, was u.a. seit einigen Jahren in der Teilnahme des Königs der Belgier an den informellen Treffen der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Staaten Europas seinen Ausdruck findet. Dankbar dafür, dass Belgien seiner deutschsprachigen Minderheit eine gesetzlich garantierte Vertretung im Europäischen Parlament und im belgischen Senat zugesteht und diese – so hoffe ich zumindest – in absehbarer Zukunft auch für die Abgeordnetenkammer vorgesehen wird. Und schließlich dankbar dafür, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft bei den bisherigen sechs Staatsreformen nicht vergessen, ins Abseits gedrängt oder gar als ‚quantité négligeable‘ wegrationalisiert, sondern Schritt für Schritt zu einem gleichwertigen und weitgehend gleichberechtigten Gliedstaat mit eigenem Parlament und eigener Regierung ausgebaut wurde.“³³

Uns liegt weder daran, die semantische Umdeutung vom Opfer- zum Erfolgsnarrativ oder den Aufruf zur Dankbarkeit gegenüber dem belgischen Nationalstaat moralisch oder geschichtspolitisch zu bewerten, noch sie geschichtstheoretisch als problematisches teleologisches Konstrukt zu

dekonstruieren. Vielmehr geht es darum, die Umdeutung als Teil eines kommunikativen Erinnerungsdiskurses zu deuten, der von politischen Vertretern Ostbelgiens geprägt und dominiert wird. Dieser öffentliche Diskurs kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, so unsere Lesart, dass es im Laufe der letzten 50 Jahre immer wieder zu Momenten tiefer Verunsicherung gekommen ist, in denen die „Vergangenheitsangst“ – unverhofft, aber unverhohlen – vom Unterbewusstsein ins öffentliche Rampenlicht getreten ist. Ohne die These einer angstgeprägten Entwicklungsgeschichte Ostbelgiens seit der Etablierung autonomer politischer Strukturen überstrapazieren zu wollen, lässt sich nicht leugnen, dass die emotional aufgeladene, selten sachlich informierte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte eine mentalitätshistorische Konstante im ostbelgischen Identitätsdiskurs bildet.

Wie sehr diese Vergangenheitsangst identitätspolitische Diskurse in Ostbelgien geprägt hat, wird in diesem Band an zahlreichen Beispielen aufgezeigt werden: so etwa am Beispiel des sich über vierzig Jahre hinziehenden Streits um die Anerkennung der sogenannten Zwangssoldaten durch den belgischen Staat, am Beispiel um die Namensgebung des Parlaments („Deutsche Gemeinschaft“ oder „Deutschsprachige Gemeinschaft“) oder am Beispiel der „Niermann Affäre“. Dass weder verordnete Amnesie noch Gedächtnisopfer dazu geeignet sind, die viel beschworenen „Gespens-



Am 18. Januar 2019 stattete König Philippe dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft anlässlich der Eröffnung der Feiern zur 100-jährigen Zugehörigkeit der ehemaligen preußischen Kreise Eupen und Malmedy zu Belgien einen Besuch ab. Für die Politik (hier mit Ministerpräsident Oliver Paasch, links) waren diese Feiern ein willkommener Anlass, die Erfolgsgeschichte der Region zu präsentieren.

ter der Vergangenheit“ aus der politischen Öffentlichkeit zu verbannen, sondern eher dazu führen, dass Beschwiegenes oder Verdrängtes sich in polemisch aufgeheizten Stellvertreterdiskursen den Weg in das öffentliche Bewusstsein bahnen, dafür gibt es in der ostbelgischen Nachkriegsgeschichte zahllose Beispiele.³⁴ Gerade der Plenarsaal ist ein Ort, in dem die Vergangenheitsangst sehr präsent war.

Ostbelgische Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte

Sich einer Geschichte Ostbelgiens aus der Perspektive von Angstregimen und sich wandelnden oder im Falle der Vergangenheitsangst auch sehr langlebigen Angst-Objekten zuzuwenden bietet die Chance, mentalitätshistorische Kontinuitäten und Denkmuster frei zu legen, welche Geschichte nicht nur als chronologische Aufzählung und Interpretation von Fakten darstellt, sondern als den Versuch, sich näher an die gefühlte Wirklichkeit der Menschen heranzutasten. Den emotionshistorischen Raum unserer Vergangenheit zu erkunden bedeutet, Quellen nicht nur nach Spuren vergangener Informationen oder „Tatsachen“ zu durchforsten, sondern eine Sensibilität für die Adjektive zu entwickeln, mittels derer Phänomene beschrieben oder gezeichnet wurden.³⁵ Das sprichwörtliche „Lesen zwischen den Zeilen“ ist hier genauso gefragt wie ein Bewusstsein dafür, dass Emotionen ihre eigene Geschichte haben und es einer gewissen Übung bedarf, Ausdruck und Eindruck historisch korrekt in Einklang zu bringen. Soziale Konventionen über das, was und wie etwas gesagt oder anderweitig zum Ausdruck gebracht werden kann – sei es im Privaten oder im öffentlichen Raum – müssen laut Ute Frevert historisiert werden, will man den „vergänglichen Gefühlen“ auf die Spur kommen.³⁶ Wie wir am Beispiel der Podcast-Serie „100 Jahre Ostbelgien“³⁷ zu zeigen versucht haben, liefern Tonquellen eine spannende Möglichkeit, Stimmen und Stimmungen aus der jüngeren ostbelgischen Geschichte zu rekonstruieren und so heiße Debatten oder Diskussionen – etwa im Rat bzw. Parlament oder während kommunaler Wahlveranstaltungen – nicht nur auf ihren informativen Wert zu überprüfen, sondern die mitschwingenden Emotionen historisch fass- und beschreibbar zu machen.

Mag der schwierige Umgang mit der eigenen Vergangenheit eine ostbelgische Verunsicherung der eigenen Art dargestellt haben, zeichnet sich der Zeitraum seit den 1970er Jahren auch durch Zukunftsängste aus, die den ostbelgischen

Erfahrungsraum überschreiten. Die wirtschaftlichen Folgen des Strukturwandels waren transnationaler und europäischer Natur, die des Klimawandels oder der Umweltverschmutzung sind gar globaler oder planetarer Natur.³⁸ Aus emotionshistorischer Perspektive kommt den Massenmedien hier eine zentrale Rolle in der Konstruktion von dramatisierten Krisenszenarien und -narrativen zu. Die Angst vor dem Super-GAU („Größten Anzunehmenden Unfall“) und dem nuklearen Desaster prägten in den 1980er Jahren die kollektive Imagination, und die vermeintliche Zerstörung der Wälder durch „sauren Regen“ und der Atmosphäre durch FCKWs (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) löste eine breite gesellschaftliche Debatte über die Eindämmung von Abgasen und Treibhausgasen aus. Transnationale oder globale Medienevents von Umwelt- oder Klimakatastrophen – man denke an die Reaktorschmelzen von Tschernobyl (1986) oder Fukushima (2011), UN-Klimakonferenzen oder die Abholzung des Regenwaldes im Amazonasgebiet – prägten auch die ostbelgische Medienlandschaft und mobilisierten lokalen zivilgesellschaftlichen Widerstand oder Protest.³⁹

Ähnliche emotionale Auf- und Entladungsprozesse ließen sich für den Bereich der Wirtschafts- und Sozialentwicklung aufzeigen. Der langanhaltende Protest ostbelgischer Landwirte gegen die europäische Milchpreispolitik und die Gründung der Fairebel-Genossenschaft im Jahre 2010 oder die mühsame soziale Gleichberechtigung der Frauen in Familie und Beruf sind nur zwei Beispiele dafür, dass globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandlungsprozesse auch in Ostbelgien ver- und ausgehandelt werden mussten. Der 1992 im Zuge der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro propagierte Slogan „Think Global – Act Local“ fand in vielen zivilgesellschaftlichen Engagements seinen Widerhall – sei es in der Friedens- und Umweltbewegung, in der Biolandwirtschaft oder den Weltläden und der Jugendarbeit. Die Überlagerung lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Öffentlichkeiten, die ein zentrales Merkmal der Medialisierung demokratischer Gesellschaften und Lebenswelten ist, hat dazu geführt, dass sich Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der Menschen in Ostbelgien immer stärker globalisiert haben. Mit Reinhart Koselleck gesprochen ist Erwartung

„vergegenwärtigte Zukunft, sie zielt auf das nicht Erfahrene, auf das nur Erschließbare. Hoffnung und



Die Angst vor atomaren Gefahren blieb seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein Dauerbrenner. Dies traf auf die Angst vor der atomaren Bedrohung im Zuge des Kalten Krieges zu. Die Angst vor Atomkraft betraf aber auch die zivile Nutzung und deren Folgen: Mit der Aktion AMEL-Nein (Atom Müll Endlager-Nein) machten tausende Eifeler im Jahr 1994 gegen die Einrichtung eines Endlagers in der Gemeinde Amel mobil.

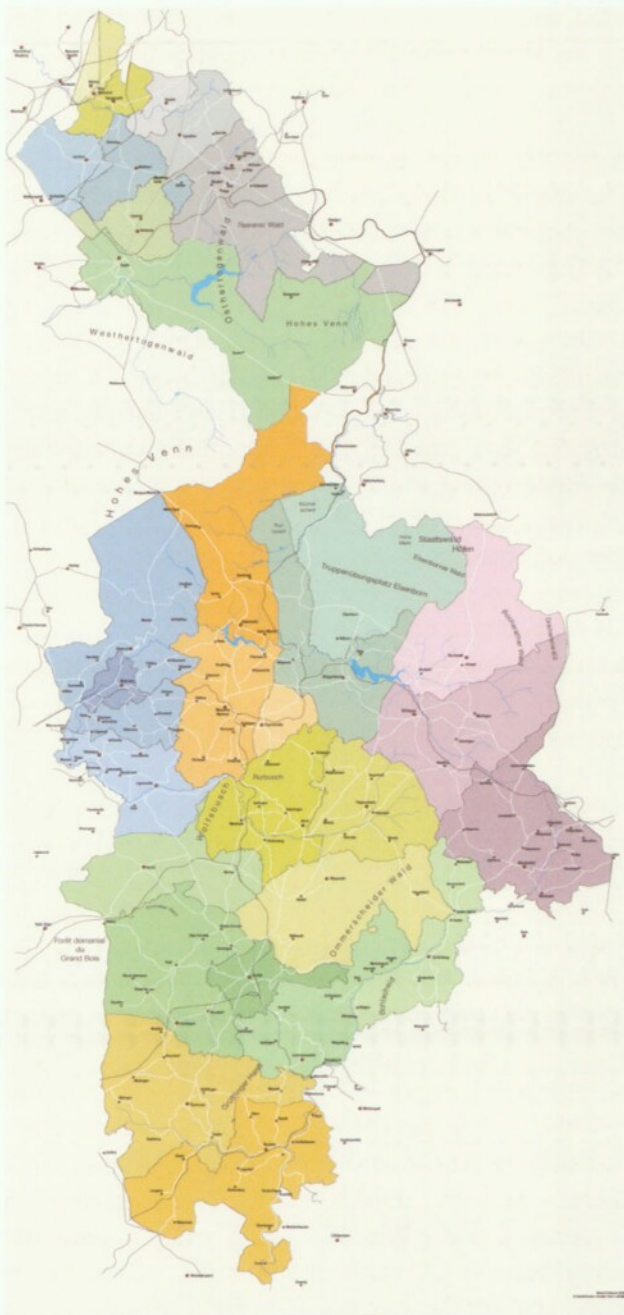
*Furcht, Wunsch und Wille, die Sorge, aber auch rationale Analyse, rezeptive Schau oder Neugierde gehen in die Erwartung ein, indem sie diese konstituieren. [...] Der Horizont meint jene Linie, hinter der sich künftig ein neuer Erfahrungsraum eröffnet, der aber noch nicht eingesehen werden kann.*⁴⁰

Diese komplexen und sich überlagernden Prozesse auf die regionale und lokale Ebene herunterzubrechen und so historisch fassbar zu machen war und ist das Anliegen der Reihe Grenzerfahrungen und wird auch in diesem Band exemplarisch durchexerziert.

Ein erster Aufschlag

Damit wäre auch der Moment gekommen, auf die Beschränkungen und Leerstellen des vorliegenden Bandes hinzuweisen. Für die Periode der letzten sechzig Jahre ist die vorhandene Forschungsliteratur als sehr übersichtlich einzuschätzen. Die ostbelgische Historiografie hat sich mittlerweile ausgiebig mit der Zwischenkriegszeit, der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der „sortie de guerre“, der aufkeimenden Autonomiebestrebungen in den 1960er Jahren sowie mit der „heißen Phase“ der Autonomiedebatte Anfang der 1970er Jahre beschäftigt. Über die Zeit „nach dem Boom“ liegen nur vereinzelte historische Studien vor. Vieles, was in diesem Band erstmals regionalhistorisch aufgearbeitet wird, lässt sich daher als ein „erster Aufschlag“ qualifizieren, das heißt als den Versuch, größere thematische Zusammenhänge in eine erste orientierende Erzählung zu formen. Manche Themenbereiche werden erstmals in einem eigenen Kapitel behandelt, so etwa die Gender-, Umwelt-, Mobilitäts- oder Vereinsgeschichte, andere liefern überblicksartige Darstellungen zu großen Themenkomplexen wie der Verwaltungsgeschichte, der wirtschaftlichen Entwicklung oder des dualen Ausbildungssystems. Für die meisten Kapitel gilt, dass historische Prozesse und Entwicklungen anhand ausgewählter Beispiele exemplarisch dargestellt und problematisiert werden. Historische Vollständigkeit wurde weder angestrebt noch war sie im Bereich des Leistbaren.

Zeitlich reichen viele Beiträge bis an die Gegenwart heran, wobei der Schwerpunkt aus inhaltlichen oder methodischen Gründen eher auf der Zeit bis zum Jahr 2000 liegt. Jüngste Ereignisse wie die Covid19-Pandemie oder die Überschwemmungen vom Sommer 2021 haben zwar den Arbeitsprozess und auch das Nachdenken über Zeitgeschichte beeinflusst, aber keinen direkten Niederschlag im Band gefunden. Zentral bleibt der seit dem Projektstart 2010 verfolgte Gedanke, dass die Grenzerfahrungen als „eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ neue Deutungsangebote zur historischen Entwicklung der Region machen. Andere und neue Blicke sind in Zukunft nicht nur erwünscht, sondern notwendig für eine lebendige und kritische Geschichtskultur im ostbelgischen Zwischenraum⁴¹.



Die Gemeindefusionen in Belgien im Jahr 1977 haben die administrativen Strukturen im Land erheblich beeinflusst. Die Karte zeigt die Gemeinden in Ostbelgien vor der Fusion. Die Wahrung des Gleichgewichts zwischen den Altgemeinden bildet immer noch eine Herausforderung für die Kommunalpolitik in der Region.

Bewohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Ostbelgien (2008-2023)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	11253	11235	11307	11350	11317	11188	11213	11152	11185	11184	11203	11269	11383	11411	11555	11704
Niederlande	766	770	761	757	759	727	701	699	703	669	652	619	612	598	594	574
Luxemburg	199	205	204	198	195	207	206	216	214	212	219	229	230	225	236	245
Spanien, Italien, Frankreich	292	312	326	333	335	316	336	355	366	389	370	379	376	393	410	434
Andere EU	472	487	548	560	627	643	679	734	816	825	837	873	900	890	904	920
Balkanregion (inkl. Kroatien)	557	572	642	680	692	619	547	516	529	567	601	628	648	704	721	737
Russland	279	188	234	241	259	243	251	242	250	231	249	238	241	225	214	186
Ukraine	19	16	21	22	23	21	21	21	19	17	27	33	38	41	40	580
Andere Europa	177	172	160	156	147	130	130	133	129	127	116	121	116	105	102	101
Türkei	87	135	151	159	172	167	153	158	165	180	218	250	272	284	265	260
Asien (ohne Türkei)	246	197	225	256	315	325	341	368	449	621	666	690	715	675	682	667
Subsahara Afrika	45	69	92	111	118	134	129	152	164	172	199	223	240	260	270	259
Nordafrika	84	85	104	114	114	105	108	112	120	133	135	161	155	138	142	144
Amerika	44	52	55	69	67	66	59	60	68	70	77	87	98	94	98	98
Sonstige	41	74	119	101	159	189	205	260	294	308	305	347	376	391	372	367
Total	14561	14569	14949	15107	15299	15080	15079	15178	15471	15705	15874	16147	16400	16434	16605	17276

Rund 12% der ostbelgischen Bevölkerung sind deutsche Staatsbürger. Neben Bewohnern mit anderen westeuropäischen Staatsangehörigkeiten ist der Anteil von Zuwanderern aus südost- und osteuropäischen Regionen sowie aus Afrika in den letzten 20 Jahren stetig angewachsen. Auch im ländlichen Raum machen sich die Folgen internationaler Krisen mehr und mehr bemerkbar.

Endnoten

- 1 Ein neuer Anfang für Ostbelgien, in: Grenz-Echo, 24.10.1973, S. 1.
- 2 Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
- 3 Lutz Raphael, Gewinner und Verlierer in den Transformationen industrieller Arbeitswelten Westeuropas nach dem Boom, in: Christian Marx, Morten Reitmayer (Hrsg.), Gewinner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte, Göttingen 2020, S. 57-81, hier S. 58.
- 4 Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.
- 5 Christian Rau, Tagungsbericht. Varianten des Wandels: Neue Perspektiven auf die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970-2020. Münster (digital) 17.03.-18.03.2021, in: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127494?title=varianten-des-wandels-neue-perspektiven-auf-die-region-in-der-juengsten-zeitgeschichte-1970-2020> (08.05.2021, letzter Aufruf 29.05.2023); Raphael, Gewinner, in: Marx/Reitmayer, Gewinner, S. 79.
- 6 Vitus Sproten, Der Klang des Strukturwandels. Die Geschichte der freien Radios in den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen 1975-1990, Göttingen 2022, S. 137-142.
- 7 Raphael, Gewinner, in: Marx/Reitmayer, Gewinner, S. 66.
- 8 Peter Quadflieg, Übergang, Anpassung, Boom. Regionale Wirtschaftsentwicklung im europäischen Rahmen, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 118-187, hier S. 143-145.
- 9 Sproten, Klang, S. 179-180.